

Eidg. Kommission für Frauenfragen: Tätigkeitsbericht 1999

1. Allgemeines

1.1. Plenarsitzungen

An insgesamt fünf Sitzungstagen (2. März, 18. Juni, 7. September, 25./26. November) diskutierte die Kommission hauptsächlich folgende Traktanden:

- Frauen und Politik; Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils bei den Eidgenössischen Wahlen 1999 und Sensibilisierungsarbeit (Bundesrat, Parteien, Medien, Wählerinnen und Wähler)
- Bundesgesetz über genetische Untersuchungen am Menschen
- Berufsbildungsgesetz
- Bericht des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes über die rechtliche Situation gleichgeschlechtlicher Paare
- Umsetzung des Aktionsplans «Gleichstellung von Frau und Mann» (Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz, Beijing 1995)
- Sicherheitspolitik und Frauen (Referat Generalsekretär Juan Gut, Departement für Verteidigung, Bevölkerung und Sport)
- Steuerreform (Referat Dr. Marc Stampfli, Bundesamt für Sozialversicherungen).

1.2. Geschäftsausschuss

Der Geschäftsausschuss, bestehend aus der Präsidentin, der Vizepräsidentin und dem Vizepräsidenten, traf sich regelmässig zur Vorbereitung und detaillierten Planung der Kommissionsarbeiten mit dem Sekretariat.

1.3. Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe Politik traf sich im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 1999 zu verschiedenen Gesprächen mit Vertretern und Vertreterinnen der Parteien und der Medien. Zielsetzung der Gespräche war es, Medien und Parteien für Gleichstellungsanliegen in der Politik vermehrt zu sensibilisieren.

1.4. Mitglieder

Als neue Mitglieder sind in die Kommission gewählt worden:

- Marie-Claire Caloz-Tschopp, Genève (Nachfolgerin von Silvia Grossenbacher, Basel)
- Pascale Mahon, Neuchâtel (Nachfolgerin von Eva Ecoffey-Girardi, Villars-sur-Glâne)
- Susanne Brunschweiler-Locher, Weinfelden, Schweiz. Gemeinnütziger Frauenverein (Nachfolgerin von Anita Barbara Raaflaub, Zürich)

- Verena Bürgi-Burri, Dallenwil, Schweiz. Katholischer Frauenbund (Nachfolgerin von Rösy Blöchliger-Scherer, Hochdorf)

- Als neue Vizepräsidentin amtiert Elisabeth Freivogel, Basel. Sie ersetzt die bisherige Vizepräsidentin Silvia Grossenbacher.

2. Publikationen

2.1. Informationsmappe «Frauen Macht Geschichte»

Im Juni 1999 publizierte die Kommission den zweiten Teil ihrer Informationsmappe «Frauen Macht Geschichte». Die Informationsmappe zum Thema Bildung enthält chronologische Kurzdarstellungen über Mädchenbildung und Koedukation, Berufsbildung von Frauen und Frauen an den Hochschulen. Der bereits 1998 erschienene Teil I von «Frauen Macht Geschichte» umfasst 14 chronologische Kurzdarstellungen zu den Themen Frauenbewegung, Politik und Recht. Teil I enthält zudem ein farbiges Plakat im A1-Format mit den wichtigsten Daten zu den genannten Bereichen. Anlass zur Herausgabe dieser Mappe war das 150-Jahre-Jubiläum der Schweiz als Bundesstaat im Jahr 1998. Zum Zielpublikum gehören vor allem Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Medienleute, Politikerinnen und Politiker.

Die beiden Mappen sind in deutscher, französischer und italienischer Sprache erhältlich.

2.2. Faltblatt «Die Frauen bei den Wahlen 1995–1999. Der lange Weg ins Parlament»

Gemeinsam mit dem Bundesamt für Statistik und dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann verfasste die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen ein Faltblatt mit aktuellen Daten. Sie betreffen die Frauenvertretung im Nationalrat seit der Einführung des Frauenstimm- und wahlrechts (1971), die National- und Ständeratswahlen von 1995 und die Entwicklung der Frauenvertretung bis Mai 1999 sowie die Frauenvertretung in den Kantonsregierungen und -parlamenten von 1996 bis Mai 1999. Das Faltblatt erschien anfangs August in deutscher, französischer und italienischer Sprache in einer hohen Auflage und wurde an Interessierte kostenlos abgegeben; es ist zudem auf Internet abrufbar (siehe Ausführungen zu 4.).

2.3. Zeitschrift «Frauenfragen»

Schwerpunktthemen der beiden diesjährigen Ausgaben von «Frauenfragen» waren Gender Mainstreaming und Migration.

3. Vernehmlassungen

3.1. Stellungnahme zum Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen steht den neuen Möglichkeiten im Gen- und Reproduktionsbereich skeptisch gegenüber. Die Chancen und Risiken möglicher Eingriffe und Manipulationen sind schwer einzuschätzen und werden in Fachkreisen und von Betroffenen äusserst unterschiedlich bewertet. Die Kommission begrüsst, dass der Bundesrat gesetzliche Vorgaben für den Einsatz und Umgang mit genetischen Untersuchungen am Menschen formuliert, bemängelt jedoch, dass der Gesetzesentwurf wesentliche Fragen offen lässt. Die vorgeschlagenen Regelungen sind oftmals unpräzise. Die ethische Dimension wird insgesamt zu wenig berücksichtigt.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2. 1999)

3.2. Stellungnahme zum Berufsbildungsgesetz

Bei der Gestaltung eines zukunftsorientierten Angebots an Grund- und Weiterbildungsmöglichkeiten kommt dem Bund eine wachsende Bedeutung zu. Ein stärkeres Engagement des Bundes ist sowohl bei der Organisation der Berufsbildung als auch bei der Entwicklung und Bereitstellung differenzierter Bildungsangebote notwendig. Dies schliesst eine finanzielle Mehrbeteiligung des Bundes an den Berufsbildungsausgaben der öffentlichen Hand mit ein. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen unterstreicht in ihrer Stellungnahme, dass eine zeitgemässe Berufsbildung sowohl die Grundbildung als auch die ständige Weiterbildung umfassen muss. Sie verweist auf die geschlechtsspezifischen Benachteiligungen auf dem Weg zur beruflichen Gleichstellung und fordert die Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2. 1999)



3.3. Stellungnahme zum Bericht über die rechtliche Situation gleichgeschlechtlicher Paare

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen begrüsst die Bemühungen des Bundesamtes für Justiz, die rechtliche Stellung gleichgeschlechtlicher Paare zu verbessern. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, weil das geltende Recht Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. In Anbetracht der heutigen Vielfalt an Lebensformen lässt sich die Privilegierung der Ehe als Institution heterosexueller Paare nicht mehr rechtfertigen. Durch die Anknüpfung zahlreicher Rechtsgebiete an den Zivilstand werden alle, auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften benachteiligt. Daher regt die Kommission an, nicht nur für gleichgeschlechtliche Paare eine Regelung zu finden, sondern auch Konkubinatspaare in die Diskussion miteinzubeziehen. Konkret schlägt sie die Kumulation von zwei Varianten vor, die das Bundesamt für Justiz in seinem Bericht vorgestellt hat: Die Öffnung der Ehe und die registrierte Partnerschaft mit relativ eigenständigem Inhalt. Allerdings macht sie den Zugang zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare davon abhängig, dass auch Konkubinatspaare sich bei einer staatlichen Behörde registrieren lassen können. Damit würden auch sie einen anerkannten rechtlichen Status erlangen, ohne dafür heiraten zu müssen.

(Stellungnahme im Wortlaut in diesem Heft)

3.4. Stellungnahme zur Förderung der Geschlechterforschung (Gender Studies)

Die Kommission hat im Jahr 1999 verschiedentlich zu Fragen der Geschlechterforschung Stellung genommen. Sie unterstützte und begleitete insbesondere die Aktivitäten des Schweizerischen Wissenschaftsrates, der eine Bestandaufnahme zur Situation der Geschlechterforschung in der Schweiz vorgenommen hat. Die Kommission äusserte sich zum Bericht des Wissenschaftsrates «Begotachtung von Forschung und Lehre in Gender Studies/Women's Studies in der Schweiz durch internationale ExpertInnen» und nahm am Hearing mit den BegutachterInnen vom 5. Juni 1999 teil. Sie vertrat dabei die Auffassung, dass in den letzten Jahren in der Schweiz eine qualitativ hochstehende Forschungsarbeit im Bereich Frauen- und Geschlechterforschung geleistet worden ist. Gleichwohl ist deren institutionelle Verankerung in Lehre und Forschung eine unabdingbare Notwendigkeit. Insbesondere in Medizin, Natur- und Technikwissenschaften, Rechtswissenschaften und Ökonomie besteht ein besonderer Handlungsbedarf. Um das Potential der Frauen- und Geschlechterforschung strukturell besser

abzustützen, müssen sich der integrative Ansatz (Gender Studies als Teilaspekt jeder wissenschaftlichen Disziplin) und der autonome Ansatz (eigenständige Lehr-, Forschungs- und Koordinationseinrichtungen) ergänzen.

3.5. Stellungnahme zum UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes

Das UNO-Übereinkommen von 1989 über die Rechte des Kindes ist in der Schweiz seit dem 26. März 1997 in Kraft. Der erste Bericht der Schweiz an das UNO-Kinderkomitee zur Umsetzung der Vertragspflichten soll im Jahr 2000 vorliegen. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat im Februar 1999 zu einem ersten Entwurf dieses Berichts Stellung nehmen können. In ihrer Stellungnahme weist sie insbesondere darauf hin, dass aufgrund der unterschiedlichen Situation von Mädchen und Jungen in der Gesellschaft die verschiedenen Themenbereiche jeweils auch unter der Geschlechterperspektive betrachtet werden müssen. Sie setzt sich zudem dafür ein, dass der Bericht eine kritische Bestandaufnahme beinhaltet und Perspektiven einer schweizerischen Kinder- und Jugendpolitik für Mädchen und Jungen aufgezeigt werden.

4. Schwerpunktthema Frauen und Politik/Eidgenössische Wahlen 1999¹

4.1. Parteien

■ Überparteiliches Manifest «Mehr Frauen ins Parlament!»

■ Zweiter Runder Tisch mit Parteispitzen und Gleichstellungsbeauftragten der Parteien. Die Kommission organisierte am 21. Januar 1999 einen zweiten parteiübergreifenden Runden Tisch mit den Parteispitzen und den Gleichstellungsbeauftragten der Parteien. Grundlage des Gesprächs bildete das von der Kommission gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten entwickelte überparteiliche Manifest «Mehr Frauen ins Parlament!» welches im Mai 1998 der Öffentlichkeit vorgestellt und im Juni 1998 bereits ein erstes Mal mit den Parteispitzen diskutiert worden war. Ziel des zweiten Runden Tisches war der parteiübergreifende Informations- und Meinungsaustausch über geplante und umgesetzte Massnahmen zur Unterstützung der Frauen in den Parteien. Es wurde vereinbart, den parteiübergreifenden Austausch über Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Politik nach den Wahlen vom Oktober 1999 fortzuführen.

4.2. Medien

Ausgangspunkt für die Kontakte mit den Medien war die von der Eidg. Kommission für Frauenfragen herausgegebene

Studie «Die Medienpräsenz von Kandidatinnen in den Medien. Geschlechtsspezifische Medienanalyse zu den Eidg. Wahlen 1995» sowie die sechs Forderungen, welche die Kommission im Mai 1998 zuhanden der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft formuliert hatte.

■ Kontakte mit den Chefredaktoren der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG über eine verbesserte Medienpräsenz von Kandidatinnen für die National- und Ständeratswahlen 1999.

Nachdem sich bereits im Mai 1998 eine Delegation der Kommission zu einer Aussprache mit Vertretern der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG getroffen hatte, nahm am 29. Juni 1999 eine Vertretung der Eidg. Kommission für Frauenfragen gemeinsam mit den Chefredaktoren eine Einschätzung der von der SRG ergriffenen Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung vor. Obschon das Gespräch wenig konkrete Ergebnisse erbrachte, zeigte sich doch, dass zumindest seitens der SRG der Handlungsbedarf erkannt worden ist. So wurde vereinbart, den begonnenen Informations- und Erfahrungsaustausch auch nach den Wahlen fortzusetzen.

■ Untersuchung über die Medienpräsenz von Kandidatinnen bei den eidgenössischen Wahlen 1999.

Das Institut für Medienwissenschaft der Universität Bern und der SRG-Forschungsdienst führen gemeinsam eine Untersuchung durch; analysiert werden die Informationsangebote von Radio und Fernsehen vor den eidgenössischen Wahlen 1999. Im Rahmen dieses Projekts wird – auf Anregung der Eidg. Kommission für Frauenfragen – auch die Medienpräsenz der Kandidatinnen untersucht. Das Gesamtprojekt wird vom Schweizerischen Nationalfonds, der SRG und dem Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) finanziert. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen begleitet die Durchführung des Teilprojekts «Gender» und beteiligt sich an dessen Finanzierung.

■ Gespräch mit den Chancengleichheitsdelegierten der SRG. Im Januar 1999 traf sich eine Delegation der Eidg. Kommission für Frauenfragen mit dem Chancengleichheitsdelegierten und Leiter von Human Resources sowie den Chancengleichheitsdelegierten der verschiedenen Unternehmenseinheiten der SRG. Die VertreterInnen der SRG stellten ihr Konzept zur Verwirklichung der Chancengleichheit im Unternehmen vor. Als Basis dienen die von der SRG verabschiedeten Thesen (Frauenförderprogramm) und weitere interne Regelungen sowie vor allem das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann



(Gleichstellungsgesetz). Diskutiert wurde insbesondere über die Hindernisse auf dem Weg zur Gleichstellung und über konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung der Stellung der Frauen im Unternehmen. Der Stand der Gleichstellungsbemühungen ist je nach Unternehmens-einheit unterschiedlich. Es zeigte sich, dass die Realisierung der internen Gleichstellung stark vom Willen der Vorgesetzten abhängig ist, sich in dieser Thematik zu engagieren.

4.3. Interdepartementale Arbeitsgruppe Wahlen

Im Juni 1998 wandte sich die Eidg. Kommission für Frauenfragen mit der Bitte an den Bundespräsidenten, der Bundesrat möge für die eidgenössischen Wahlen im Jahr 1999 Massnahmen zur Verbesserung der Vertretung der Frauen im Parlament prüfen. Die Kommission regte insbesondere die Durchführung einer Informations- und Sensibilisierungskampagne des Bundes an. Diese Kampagne sollte zwei Stossrichtungen beinhalten:

- eine Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Teilnahme an der Wahl
- eine Aufforderung zur vermehrten Wahl von Frauen.

In der Folge setzte der Bundesrat im November 1998 eine interdepartementale Arbeitsgruppe ein, in welcher die Möglichkeiten einer Kampagne auf Bundesebene sowie weitere Massnahmen geprüft werden sollten. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen konnte in dieser Arbeitsgruppe Einsitz nehmen.

Zur Sprache kamen folgende Themen:

- Wahlkampagne des Bundes
- Wahlanleitung
- Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantonsregierungen über die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates vom 24. Oktober 1999
- Leitfaden der Bundeskanzlei für kandidierende Gruppierungen.

■ **Wahlkampagne des Bundes.** Im Auftrag des Bundesrates arbeitete die interdepartementale Arbeitsgruppe drei Varianten einer Informationskampagne aus. Diese sollte sich sowohl mit dem Appell zur Wahlbeteiligung als auch zur Berücksichtigung von Frauenkandidaturen an die Wahlberechtigten richten. Die Kampagne konnte jedoch nicht durchgeführt werden. Zwar bewilligte der Bundesrat eine Testkampagne in drei Agglomerationen, der dafür notwendige Finanzkredit wurde aber vom Parlament verweigert.

■ **Wahlanleitung.** Im Hinblick auf die Nationalratswahlen publiziert die Bundeskanzlei jeweils eine Broschüre mit prak-

tischen Erläuterungen. Diese Wahlanleitung, die an Kantone, Gemeinden, Schulen und Parteien sowie an alle Haushalte versandt wird, ist von der interdepartementalen Arbeitsgruppe überarbeitet worden. Neben der Darstellung des Frauenanteils im Nationalrat (Kandidatinnen und Gewählte) und der Entwicklung seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen sind in der Wahlbroschüre auch Informationen zum Frauenanteil bei den einzelnen Parteien zu finden. Wer dazu beitragen möchte, den Frauen zu mehr Wahlchancen zu verhelfen, findet entsprechende Hinweise. Im Vorwort weist der Bundeskanzler zudem auf die nach wie vor zu geringe Vertretung der Frauen im Parlament hin und plädiert für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in der Politik.

■ **Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantonsregierungen über die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates vom 24. Oktober 1999.** Die interdepartementale Arbeitsgruppe Wahlen überarbeitete das Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantonsregierungen, die vor jeder Gesamterneuerungswahl des Nationalrates herausgegeben wird. Auf Vorschlag der Arbeitsgruppe wurde in dieses Schreiben erstmals ein Kapitel zur Repräsentation der Frauen in der Politik aufgenommen.

■ **Leitfaden der Bundeskanzlei für kandidierende Gruppierungen.** Ebenfalls in die Arbeiten der interdepartementalen Arbeitsgruppe einbezogen wurde der Leitfaden für kandidierende Gruppierungen zu den Nationalratswahlen. Dieser richtet sich jeweils vor den Wahlen an die Generalsekretariate der Parteien und weitere interessierte Gruppierungen. Erstmals wurde ein Kapitel zur Repräsentation der Frauen und ein weiteres Kapitel über die Möglichkeiten gezielter Förderung von Frauen in diesen Leitfaden aufgenommen.

4.4. Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit

Das Faltblatt «Die Frauen bei den Wahlen 1995–1999. Der lange Weg ins Parlament» wurde kostenlos an interessierte Kreise abgegeben (siehe Ausführungen zu 2.2.).

5. Internationale Gleichstellungspolitik

5.1. Aktionsplan der Schweiz «Gleichstellung von Frau und Mann» (Folgearbeiten Beijing)

Die Kommission befasste sich mit dem Aktionsplan «Gleichstellung von Frau und Mann», der von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe als schweizerische Folgearbeit nach der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing (1995) ent-

wickelt und im März 1999 vom Bundesrat verabschiedet worden ist. Die Kommission setzte sich schwerpunktmässig mit den Empfehlungen auseinander, bei denen sie als Adressatin ausdrücklich erwähnt ist.

5.2. Konferenz des Europarates über Gender Mainstreaming in Athen

Vom 16. bis 18. September 1999 hat der Europarat eine Konferenz zum Thema «L'approche intégrée de l'égalité entre les femmes et les hommes: une chance pour le 21e siècle» (Gender Mainstreaming) durchgeführt. Neben der Direktorin des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann nahmen die Präsidentin der Eidg. Kommission für Frauenfragen sowie die Leiterin des Kommissionssekretariats als Mitglieder der Schweizer Delegation teil. An der Konferenz wurden die Voraussetzungen und die Realisierungsschritte des Gender Mainstreaming sowie Beispiele von «guter Praxis» auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene diskutiert. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen hat sich bereits im vergangenen Jahr mit der Thematik befasst, indem sie gemeinsam mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann im Dezember 1998 eine nationale Tagung über Gender Mainstreaming organisierte und die Fachreferate in ihrer Zeitschrift «Frauenfragen» abdruckte (siehe Ausführungen zu 2.3.).

6. Verschiedenes

6.1. Internet-Auftritt der Kommission

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen soll künftig auch auf dem Internet präsent sein. Ein entsprechendes Konzept wird zusammen mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) erarbeitet. Diese Zusammenarbeit ergibt sich einerseits aus der gemeinsamen Thematik und andererseits aus der administrativen Zuordnung des Kommissionssekretariats zum EBG. Geplant ist, die EKF sowohl über eine selbstständige Adresse als auch als Link über das EBG abzurufen. Der Auftritt wird im Jahr 2000 erfolgen.

Anmerkungen

1 Auf Internet sind abrufbar (Stand Dezember 1999):

- die Wahlanleitung (www.pd.admin.ch)
- das Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantonsregierungen (www.bk.admin.ch)
- der Leitfaden für kandidierende Gruppierungen (www.bk.admin.ch)
- das Faltblatt «Die Frauen bei den Wahlen 1995–1999. Der lange Weg ins Parlament» (www.admin.ch/bfs)



Eidg. Kommission für Frauenfragen: Jahresplanung 2000

I. Tätigkeitsschwerpunkte

Schwerpunkt 1

Frauen und Politik

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen wird sich weiterhin für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in der Politik einsetzen. Angesprochen werden die Parteien, die Medien, die Frauenorganisationen sowie die Öffentlichkeit.

Der Dialog mit den Parteien über Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Politik wird fortgeführt. Die nach den Nationalratswahlen vom Oktober 1999 bei den Parteifrauen durchgeführte Umfrage über die Umsetzung des überparteilichen Manifests zu den eidgenössischen Wahlen 1999 «Mehr Frauen ins Parlament!» wird ausgewertet und als Grundlage für weitere Aktivitäten mit den Parteien dienen.

Im Herbst 2000 erscheint eine Studie des Instituts für Medienwissenschaft der Universität Bern und des Forschungsdienstes der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) über die Informationsangebote von Radio und Fernsehen vor den eidgenössischen Wahlen 1999. Im Rahmen dieses Projekts wird auch die Medienpräsenz der Kandidatinnen untersucht. Die Kommission ist an der Untersuchung beteiligt und wird die Thematik gemeinsam mit der SRG weiterbearbeiten.

Nachdem die Kampagne zur Sensibilisierung der Wählerinnen und Wähler, die die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen dem Bundesrat vorgeschlagen hatte, für die Wahlen 1999 nicht durchgeführt werden konnte, wird die Kommission die Möglichkeiten einer Kampagne sowie weitere Massnahmen im Hinblick auf die Wahlen 2003 prüfen.

Schwerpunkt 2

Umsetzung des Aktionsplans «Gleichstellung von Frau und Mann»

Die Kommission befasst sich hauptsächlich auf zwei Ebenen mit der Umsetzung des Aktionsplans «Gleichstellung von Frau und Mann» (Folgearbeiten der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing 1995):

- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe der Frauen in der Politik (siehe Schwerpunkt 1)
- Entwicklung eines Weiterbildungskonzepts zur Schulung von Führungs-

personen in Gleichstellungsfragen. Die Vermittlung von Kenntnissen in Gleichstellungsfragen ist eine wesentliche Voraussetzung für Gender Mainstreaming. Das Weiterbildungsangebot soll Personen in Entscheid- und Führungspositionen für die Umsetzung gleichstellungsbezogener Massnahmen in ihrem Tätigkeitsbereich gewinnen und ihnen die hierzu notwendige Handlungskompetenz vermitteln. Bereits bestehende Weiterbildungsangebote zum Thema sollen bei der Entwicklung eines Konzepts berücksichtigt werden.

Schwerpunkt 3

Präventions- und Interventionsprojekte gegen Gewalt an Frauen

Die Kommission wird sich über den Stand der in verschiedenen Kantonen geplanten, angelaufenen oder bereits durchgeführten Präventions- und Interventionsprojekte gegen Gewalt an Frauen informieren. Die in diesen Projekten gesammelten Erfahrungen sollen ausgewertet und in eine Diskussion über künftige Aktivitäten auf Bundesebene einbezogen werden.

Schwerpunkt 4

Erarbeitung und Publikation von Vernehmlassungsstellungen

Zu gleichstellungsrelevanten Gesetzesvorhaben und Berichten werden Stellungnahmen erarbeitet. Bereits angekündigt sind folgende Vernehmlassungen:

- Erster Bericht der Schweiz zum UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes
- Erster Bericht der Schweiz zum UNO-Übereinkommen gegen jede Form von Diskriminierung der Frau.

Schwerpunkt 5

Publikation der Zeitschrift Frauenfragen

Es sollen zwei Nummern der Zeitschrift «Frauenfragen» zu aktuellen Themen erscheinen. Der Schwerpunkt von Frauenfragen Nr. 1. 2000 lautet «Frauenperspektiven in der Politik». Das Thema von «Frauenfragen» Nr. 2. 2000 wird im Frühjahr bestimmt.

Schwerpunkt 6

Aktualisierung des Erscheinungsbildes und des Kommunikationsauftritts der Kommission

Eine Basisdokumentation über Aufgaben und Aktivitäten der Kommission

wird erarbeitet. Damit soll die Information über die Rolle der Kommission und ihr Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann verbessert werden und mittels Gratisabgabe in vier Sprachen ein breites Publikum erreichen können. Parallel dazu wird der Auftritt der Kommission im Internet vorbereitet.

II. Weitere Themen

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen befasst sich laufend mit verschiedenen frauen- und gleichstellungsrelevanten Themen. Dazu gehören neben den bereits genannten Schwerpunkten im weiteren:

- Entwicklung und Perspektiven der Frauen- und Gleichstellungspolitik
- Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Berufsbildung
- Frauen in Wissenschaft und Forschung, Gender Studies
- Vereinbarkeit Beruf und Familie
- Familienexterne Kinderbetreuung
- Sozialpolitik
- Steuern
- Folgearbeiten der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing (1995) auf nationaler und internationaler Ebene.



Commission fédérale pour les questions féminines: Rapport d'activité 1999

1. Remarques d'ordre général

1.1. Séances plénières

Lors de ses cinq séances plénières (2 mars, 18 juin, 7 septembre, 25/26 novembre), la Commission a principalement traité les thèmes suivants:

- Femmes et politique: mesures visant à augmenter la proportion de femmes aux élections de 1999 et travail de sensibilisation (Conseil fédéral, partis, médias, électrices et électeurs)
- Loi fédérale sur l'analyse génétique humaine
- Loi sur la formation professionnelle
- Rapport du Département fédéral de justice et police sur la situation juridique des couples homosexuels
- Mise en œuvre du plan d'action «Egalité entre femmes et hommes» (suivi de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur les femmes, Pékin, 1995)
- La politique de sécurité et les femmes (conférence du secrétaire général Juan Gut, Département de la défense, de la protection de la population et des sports)
- Réforme fiscale (conférence du Dr Marc Stampfli, Office fédéral des assurances sociales).

1.2. Bureau

Le bureau, composé de la présidente, de la vice-présidente et du vice-président, s'est réuni à intervalles réguliers pour préparer et planifier en détail les travaux de la Commission avec le secrétariat.

1.3. Groupes de travail

En perspective des élections fédérales du 24 octobre 1999, le groupe de travail Politique a eu plusieurs entretiens avec des représentantes et des représentants des partis et des médias. Ces entretiens avaient pour but de mieux sensibiliser les médias et les partis à l'exigence d'égalité dans la politique.

1.4. Membres

Les nouvelles membres suivantes ont été élues à la Commission:

- Marie-Claire Caloz-Tschopp, Genève (succède à Silvia Grossenbacher, Bâle)
- Pascale Mahon, Neuchâtel (succède à Eva Ecoffey-Girardi, Villars-sur-Glâne)
- Susanne Brunschweiler-Locher, Weinfelden, Société d'utilité publique des femmes suisses (succède à Anita Barbara Raaflaub, Zurich)

- Verena Bürgi-Burri, Dallenwil, Ligue suisse des femmes catholiques (succède à Rösy Blöchiger-Scherer, Hochdorf)
- Elisabeth Freivogel, Bâle, a pris la fonction de vice-présidente, succédant ainsi à Silvia Grossenbacher.

2. Publications

2.1. Dossier d'information «Femmes Pouvoir Histoire»

La Commission a publié en juin 1999 la deuxième partie de son dossier d'information «Femmes Pouvoir Histoire», consacrée à l'éducation et à la formation. Le dossier contient de courtes présentations chronologiques sur l'éducation des filles et la mixité, la formation professionnelle des femmes et les femmes dans l'enseignement supérieur. La première partie du dossier, publiée en 1998, comprend 14 résumés chronologiques regroupés en trois grands thèmes: mouvement féministe, politique et droit. Ce dossier contient en outre un poster de format A1 sur lequel figurent les dates les plus importantes dans les domaines évoqués. C'est à l'occasion du 150e anniversaire de l'Etat fédéral que la Commission a publié ce dossier, en 1998. Celui-ci s'adresse surtout au corps enseignant, aux élèves, aux étudiantes et étudiants, aux journalistes, et aux politiciennes et politiciens.

Les deux dossiers sont disponibles en français, allemand et italien.

2.2. Dépliant «Les femmes et les élections de 1995 à 1999. La difficile conquête du mandat de députée»

De concert avec l'Office fédéral de la statistique et le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, la Commission a publié un dépliant présentant des données actualisées sur la représentation des femmes au Conseil national depuis l'introduction du droit de vote et d'éligibilité des femmes en 1971. On y trouve en outre des informations sur les élections au Conseil national et au Conseil des Etats de 1995 et l'évolution de la représentation féminine jusqu'en mai 1999, ainsi que sur la proportion de femmes dans les gouvernements et les parlements cantonaux de 1996 à mai 1999. Le dépliant a paru début août en français, allemand et italien. Tiré à un très grand nombre d'exemplaires, le dépliant a été distribué gratuitement à toute

personne intéressée. Il est également téléchargeable sur Internet (voir aussi sous 4.).

2.3. Revue «Questions au féminin»

L'approche intégrée de l'égalité (gender mainstreaming) et les migrations ont constitué les thèmes respectifs principaux des deux éditions de «Questions au féminin» publiées en 1999.

3. Procédures de consultation

3.1. Prise de position sur la loi fédérale sur l'analyse génétique humaine

La Commission fédérale pour les questions féminines considère avec scepticisme les possibilités proposées dans les domaines de la génétique et de la reproduction. Il faut peser avec grand soin les chances et les risques d'immixtion et de manipulation, sur lesquels tant les experts que les personnes concernées ont des avis fort divergents. La Commission salue le fait que le Conseil fédéral formule des prescriptions légales relatives à l'introduction et à l'utilisation de l'analyse génétique humaine, mais elle regrette que le projet de loi laisse ouvertes des questions pourtant essentielles. Les réglementations proposées sont souvent imprécises. Dans l'ensemble, la dimension éthique n'est pas suffisamment prise en considération.

(Texte de la prise de position dans «Questions au féminin» 2. 1999)

3.2. Prise de position sur la loi sur la formation professionnelle

La mission d'organiser une offre de formation de base et de formation continue orientée vers le futur confère à la Confédération une importance croissante. La Confédération devrait s'engager plus avant, tant dans l'organisation de la formation professionnelle que dans l'élaboration et la mise en place d'offres de formation différenciées. Cela implique une participation financière accrue de la Confédération aux dépenses publiques en matière de formation professionnelle. Dans sa prise de position, la Commission fédérale pour les questions féminines souligne qu'une formation professionnelle moderne doit comprendre aussi bien la formation de base que la formation continue. Elle attire l'attention sur les discriminations dues au sexe qui existent encore sur le chemin de l'égalité pro-



fessionnelle et demande la mise en œuvre de mesures visant à améliorer la situation professionnelle des femmes.

(Texte de la prise de position dans «Questions au féminin» 2, 1999)

3.3. Prise de position sur le rapport sur la situation juridique des couples homosexuels

La Commission fédérale pour les questions féminines salue les efforts faits par l'Office fédéral de la justice pour améliorer la situation juridique des couples de même sexe. Il existe en effet un besoin urgent d'agir car le droit en vigueur discrimine les gens en fonction de leur orientation sexuelle. Vu la diversité actuelle des modes d'organisation de la vie, il n'est plus légitime de privilégier le seul mariage hétérosexuel en tant qu'institution. Etant donné que de nombreux domaines du droit sont liés à l'état civil, toutes les communautés de vie basées sur la durée sont discriminées. C'est la raison pour laquelle la Commission propose que les discussions sur la nouvelle réglementation ne s'arrêtent pas aux couples de même sexe mais incluent aussi le concubinage. Concrètement, la Commission suggère de cumuler deux variantes proposées par le Département fédéral de justice et police dans son rapport: l'ouverture du mariage aux couples homosexuels et le partenariat enregistré avec effets relativement autonomes. La Commission considère que l'accès au mariage pour les couples de même sexe doit impérativement aller de pair avec la possibilité pour les couples concubins de faire enregistrer leur partenariat par une autorité étatique. Ainsi les couples concubins obtiendraient aussi un statut reconnu, sans devoir pour autant se marier.

(Texte de la prise de position dans ce numéro)

3.4. Prise de position sur la promotion de la recherche en études genre (gender studies)

Durant l'année 1999, la Commission a pris position à plusieurs reprises sur la question de la recherche en études genre. Elle a en particulier soutenu et accompagné les activités du Conseil suisse de la science, qui a fait un état des lieux de la situation en matière d'études genre en Suisse. La Commission s'est exprimée sur le rapport du Conseil suisse de la science «Appraisal of research and teaching in gender studies / women's studies in Switzerland by international experts» de même qu'elle a pris part au hearing avec les expert-e-s le 5 juin 1999. La Commission a donné son avis selon lequel un travail de très bonne qualité a été accompli en Suisse au cours de ces dernières années dans le domaine des études

genre. Leur institutionnalisation dans l'enseignement et dans la recherche est une nécessité inéluctable. Il faut tout particulièrement agir dans les disciplines de la médecine, des sciences techniques et de la nature, du droit et de l'économie. Si l'on veut mieux assurer sur le plan structurel le potentiel des études genre, il faut les élargir à la fois dans leur dimension intégrative (études genre en tant qu'aspect partiel de toutes les disciplines scientifiques) et dans leur dimension autonome (enseignement, recherche et coordination propres aux études genre).

3.5. Prise de position sur la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant

La Convention de l'ONU de 1989 sur les droits de l'enfant est en vigueur en Suisse depuis le 26 mars 1997. Le premier rapport de mise en œuvre des engagements pris devra être rendu au Comité de l'ONU sur les droits de l'enfant durant l'année 2000. En février 1999, la Commission fédérale pour les questions féminines a pu prendre position sur le premier projet de ce rapport. A cette occasion, elle a particulièrement attiré l'attention sur le fait que, étant donné les situations différentes dans lesquelles se trouvent les garçons et les filles dans notre société, il était nécessaire de considérer les divers thèmes traités aussi dans une perspective de genre. Elle a également plaidé pour que le rapport contienne une prise de position critique ainsi que des perspectives en vue d'une politique suisse de l'enfance et de la jeunesse qui bénéficie aux deux sexes.

4. Thème prioritaire Femmes et politique / Elections fédérales de 1999

4.1. Partis

■ **Manifeste interpartis «Davantage de femmes au Parlement!»**

■ **Deuxième table ronde avec des responsables et des chargé-e-s de l'égalité des partis.** Le 21 janvier 1999, la Commission a organisé une deuxième table ronde interpartis avec des responsables et des chargé-e-s de l'égalité dans les partis. Le manifeste interpartis «Davantage de femmes au Parlement!» a servi de base à la discussion. Elaboré par la Commission en collaboration avec les chargé-e-s de l'égalité des partis, le manifeste avait été présenté au public en mai 1998 et avait déjà fait l'objet d'une première discussion avec les responsables de partis en juin de la même année. La deuxième table ronde avait pour but de permettre un échange interpartis d'informations et d'opinions sur les mesures prévues et mises en œuvre pour soutenir les femmes dans les partis. Les participant-e-s à la deuxième table ronde ont décidé de poursuivre cet

échange interpartis sur les mesures en faveur de la promotion de l'égalité entre femmes et hommes en politique après les élections d'octobre 1999.

4.2. Médias

Deux documents ont constitué le point de départ des contacts avec les médias: l'étude publiée par la Commission fédérale pour les questions féminines intitulée «Die Medienpräsenz von Kandidatinnen in den Medien. Geschlechtsspezifische Medienanalyse zu den Eidg. Wahlen 1995», d'une part, et les six revendications qu'avait formulées la Commission en mai 1998 à l'intention de la Société suisse de radiodiffusion et télévision d'autre part.

■ **Contacts avec les rédacteurs en chef de la Société suisse de radiodiffusion et télévision (SSR) en vue d'assurer une meilleure présence dans les médias des candidates au Conseil national et au Conseil des Etats lors des élections de 1999.** En mai 1998, une délégation de la Commission fédérale pour les questions féminines avait rencontré des représentants de la Société suisse de radiodiffusion et télévision (SSR). Le 29 juin 1999, une délégation de la Commission a évalué avec les rédacteurs en chef de la SSR les mesures prises en faveur de la promotion de l'égalité. Si la discussion n'a donné lieu qu'à peu de résultats concrets, la nécessité d'agir a au moins été reconnue par la SSR. Il a été décidé de poursuivre cet échange d'informations et d'expériences après les élections.

■ **Enquête sur la présence dans les médias des candidates aux élections fédérales de 1999.** L'Institut des sciences des médias (Institut für Medienwissenschaft) de l'Université de Berne et le service de la recherche de la SSR ont procédé ensemble à une analyse de l'information proposée par la radio et la télévision avant les élections fédérales de 1999. Dans ce cadre, et sur invite de la Commission fédérale pour les questions féminines, la présence des candidates dans les médias a également fait l'objet d'une analyse. L'ensemble du projet est financé par le Fonds national suisse, la SSR et l'Office fédéral de la communication. La Commission fédérale pour les questions féminines accompagne le déroulement du sous-projet «genre» et participe également à son financement.

■ **Discussion avec les délégués à l'égalité des chances de la SSR.** En janvier 1999, une délégation de la Commission fédérale pour les questions féminines a rencontré le délégué à l'égalité des chances et directeur des ressources humaines de

la SSR, ainsi que les délégués à l'égalité des chances de différents départements. Les représentant-e-s de la SSR ont présenté leur plan de réalisation de l'égalité des chances dans l'entreprise. Les «thèses» (programme de promotion des femmes) adoptées par la SSR ainsi que d'autres réglementations internes et, surtout, la loi sur l'égalité entre femmes et hommes (loi sur l'égalité) ont servi de base à la discussion. On a plus particulièrement parlé des obstacles sur le chemin de l'égalité et des possibilités concrètes d'améliorer la situation des femmes dans l'entreprise. L'état des efforts en faveur de l'égalité varie selon les différents départements. On a pu se rendre compte que la réalisation de l'égalité à l'intérieur de l'entreprise dépendait très fortement de la volonté des supérieur-e-s de s'engager – ou non – dans cette voie.

4.3. Groupe de travail interdépartemental Elections

En juin 1998, la Commission fédérale pour les questions féminines a demandé à la Présidente de la Confédération si le Conseil fédéral pouvait examiner des mesures en vue d'améliorer la représentation féminine au Parlement lors des élections fédérales de 1999. La Commission a notamment insisté sur le lancement d'une campagne d'information et de sensibilisation de la Confédération. La campagne devait s'appuyer sur deux axes:

- une invite aux citoyennes et aux citoyens à prendre activement part au vote
- une invite à voter davantage pour des femmes.

Le Conseil fédéral a alors décidé, en novembre 1998, de mettre sur pied un groupe de travail interdépartemental chargé d'examiner les possibilités d'une campagne au niveau national et d'envisager aussi d'autres mesures. La Commission fédérale pour les questions féminines a pu siéger dans le groupe de travail.

Les thèmes suivants ont fait l'objet de discussions:

- Campagne de la Confédération sur les élections
- Brochure d'information
- Circulaire du Conseil fédéral aux gouvernements cantonaux sur le renouvellement intégral du Conseil national aux élections du 24 octobre 1999
- Guide de la Chancellerie fédérale à l'usage des groupes qui veulent lancer des candidatures.

■ **Campagne de la Confédération sur les élections.** Sur mandat du Conseil fédéral, le groupe de travail interdépartemental a élaboré trois variantes pour une campagne d'information. Celles-ci devaient traiter aussi bien de l'appel à la participation aux élections que de la prise en

considération par les électeurs et électrices des candidatures féminines. La campagne n'a cependant pas pu être menée. Certes, le Conseil fédéral a donné son accord pour une campagne d'essai dans trois agglomérations, mais le Parlement a refusé le crédit financier nécessaire à la réalisation de la campagne.

■ **Brochure d'information.** A l'occasion des élections fédérales, la Chancellerie fédérale publie chaque fois une brochure explicative tous ménages, envoyée aussi aux cantons, aux communes, aux écoles et aux partis. Le groupe de travail interdépartemental a pu participer à son contenu. On y trouve des données sur la proportion de femmes au Conseil national (les candidates et les élues) et son évolution depuis l'introduction du droit de vote et d'éligibilité des femmes, ainsi que des informations sur la proportion de femmes par parti. Qui veut contribuer à augmenter les chances d'élection des femmes y trouve aussi des conseils utiles. Dans son avant-propos, le Chancelier fédéral attire l'attention sur la persistance de la sous-représentation des femmes au Parlement et plaide en faveur d'une représentation équilibrée des sexes en politique.

■ **Circulaire du Conseil fédéral aux gouvernements cantonaux sur le renouvellement intégral du Conseil national aux élections du 24 octobre 1999.** Avant chaque renouvellement complet du Conseil national, le Conseil fédéral envoie une circulaire aux cantons. Le groupe de travail interdépartemental a retravaillé cette circulaire et, sur sa proposition, le gouvernement fédéral y a inclus pour la première fois un chapitre sur la représentation des femmes en politique.

■ **Guide de la Chancellerie fédérale à l'usage des groupes qui veulent lancer des candidatures.** Le groupe de travail interdépartemental a également inclus dans ses travaux l'examen du Guide à l'usage des groupes qui veulent lancer des candidatures aux élections fédérales. Ce guide, toujours envoyé avant les élections, s'adresse aux secrétariats généraux des partis et à d'autres groupements intéressés. Pour la première fois, on y trouve un chapitre sur la représentation féminine et un autre sur les possibilités de mesures ciblées de promotion des femmes.

4.4. Information de l'opinion publique

Le dépliant «Les femmes et les élections de 1995 à 1999. La difficile conquête du mandat de députée» a été envoyé gratuitement à tous les milieux intéressés (voir 2.2.).

5. Politique internationale de l'égalité

5.1. Plan d'action de la Suisse «Egalité entre femmes et hommes» (suivi de Pékin)

La Commission a aussi traité du plan d'action «Egalité entre femmes et hommes» élaboré par un groupe de travail interdépartemental en guise de suivi de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur les femmes, tenue à Pékin en 1995. Le Conseil fédéral a adopté ce plan d'action en mars 1999. La Commission s'est prioritairement préoccupée des recommandations dans lesquelles elles figure expressément en tant que destinataire.

5.2. Conférence du Conseil de l'Europe à Athènes sur l'approche intégrée de l'égalité

Du 16 au 18 septembre 1999, le Conseil de l'Europe a tenu une conférence sur le thème: «L'approche intégrée de l'égalité entre les femmes et les hommes: une chance pour le 21e siècle». Y ont participé en tant que membres de la délégation suisse: la directrice du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, la Présidente de la Commission fédérale pour les questions féminines et la directrice du secrétariat de la Commission. Les participant-e-s ont discuté des conditions et des étapes de la réalisation de l'approche intégrée de l'égalité, de même que d'exemples de «bonnes pratiques» sur les plans national, régional et communal. La Commission fédérale pour les questions féminines avait déjà eu l'occasion de traiter ce thème l'année précédente, puisqu'elle avait organisé en décembre 1998, conjointement avec le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, un colloque national sur le thème du «gender mainstreaming». Les conférences données à cette occasion ont été publiées dans «Questions au féminin» (voir 2.3.).

6. Divers

6.1. La Commission arrive sur Internet

La Commission fédérale pour les questions féminines devrait à l'avenir aussi être présente sur Internet. Elle élabore avec le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG) un projet de site. Cette collaboration résulte d'une part des thèmes communs traités par les deux organismes, et d'autre part du fait que le secrétariat de la Commission est administrativement rattaché au BFEG. Il est aussi prévu que la CFQF ait sa propre adresse et puisse servir de lien pour contacter le BFEG. L'entrée dans Internet devrait avoir lieu dans le courant de l'année 2000.

Traduction: Martine Chaponnière



Notes

1 On peut télécharger à partir d'Internet (état décembre 1999):

- la brochure d'information (www.pd.admin.ch)
- la circulaire du Conseil fédéral aux cantons (www.bk.admin.ch)
- le guide à l'usage des groupes qui veulent lancer des candidatures (www.bk.admin.ch)
- le dépliant «Les femmes et les élections de 1995 à 1999. La difficile conquête du mandat de députée» (www.admin.ch/bfs)

Commission fédérale pour les questions féminines: Planification 2000

I. Activités prioritaires

Pôle 1

Femmes et politique

La Commission fédérale pour les questions féminines continuera de s'engager en faveur d'une représentation équilibrée des femmes et des hommes en politique. Elle s'adressera pour ce faire aux partis, aux médias, aux organisations féminines et à l'opinion publique.

Le dialogue engagé avec les partis à propos des mesures de promotion de l'égalité entre femmes et hommes en politique sera poursuivi. Le sondage auprès des femmes des partis après les élections au Conseil national d'octobre 1999 et portant sur la mise en œuvre du manifeste interpartis «Davantage de femmes au Parlement!», édité en vue des élections fédérales de 1999, fera l'objet d'une évaluation. Celle-ci servira de base à l'élaboration d'autres activités avec les partis.

En automne 2000 paraîtra une étude de l'Institut des sciences des médias (Institut für Medienwissenschaft) de l'Université de Berne et du service de la recherche de la Société suisse de radiodiffusion et télévision (SSR) sur les offres d'information proposées par la radio et la télévision avant les élections fédérales de 1999. Dans le cadre de ce projet, la présence des candidates fait également partie de l'analyse. La Commission est partie prenante à l'étude et travaillera cette thématique plus avant avec la SSR.

La campagne de sensibilisation des électrices et électeurs qu'avait proposée au Conseil fédéral la Commission fédérale pour les questions féminines n'ayant pu avoir lieu pour les élections de 1999, la Commission examinera les possibilités de lancer une campagne et d'autres mesures en vue des élections de 2003.

Pôle 2

Mise en œuvre du plan d'action «Egalité entre femmes et hommes»

C'est principalement sur deux plans que la Commission travaille à la mise en œuvre du plan d'action «Egalité entre femmes et hommes» (suivi de la 4e Conférence mondiale sur les femmes de l'ONU, Pékin 1995):

- Promotion d'une participation égale des femmes en politique (voir pôle 1)
- Elaboration d'un programme de formation continue destiné aux personnes ayant des responsabilités dans les questi-

ons d'égalité. La transmission des connaissances dans les questions d'égalité est une condition sine qua non de l'approche intégrée de l'égalité. L'offre de formation permanente doit amener les personnes qui sont dans des postes décisionnels et de direction à mettre en œuvre, dans leur propre secteur d'activité, des mesures en faveur de l'égalité. La formation vise à fournir à cet effet les compétences nécessaires pour agir. Les offres de formation continue qui existent déjà dans ce domaine seront prises en considération dans l'élaboration du programme de formation.

Pôle 3

Projets de prévention et d'intervention contre la violence à l'égard des femmes

La Commission va s'informer sur l'état des projets prévus, en cours ou déjà menés dans les différents cantons en matière de prévention et d'intervention contre la violence à l'égard des femmes. Les expériences récoltées dans ces projets doivent faire l'objet d'une évaluation et être intégrées dans la discussion sur les activités futures à mener au niveau fédéral.

Pôle 4

Elaboration et publication des prises de position lors des procédures de consultation

La Commission prendra position sur les projets de loi et rapports pertinents par rapport à la question de l'égalité. Les procédures de consultation suivantes sont déjà annoncées :

- Premier rapport de la Suisse sur la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant
- Premier rapport de la Suisse sur la Convention de l'ONU sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes.

Pôle 5

Publication de la revue «Questions au féminin»

Deux numéros de la revue «Questions au féminin» sur des thèmes d'actualité sont prévus. Le thème du premier numéro de l'année 2000 s'intitule: «Perspectives de femmes en politique». Le thème du second numéro sera décidé au printemps 2000.

Pôle 6

Actualisation de l'image de la Commission / Développement de la communication

La Commission retravaillera la documentation de base relative à ses tâches et à ses activités. Grâce à une large distribution gratuite et en quatre langues de cette nouvelle documentation, la Commission sera mieux à même d'informer un large public sur son rôle et sur sa contribution à l'égalité entre femmes et hommes. Les travaux visant à faire entrer la Commission dans Internet se poursuivent parallèlement.

II. Autres thèmes

La Commission fédérale pour les questions féminines se préoccupe de façon récurrente de certains thèmes dans les domaines femmes et égalité. Outre les thèmes prioritaires déjà évoqués, mentionnons:

- Développement et perspectives de la politique des femmes et de l'égalité
- Politique du marché du travail et de l'emploi
- Formation professionnelle
- Femmes dans les sciences et la recherche, études genre
- Conciliation entre vie professionnelle et vie familiale
- Prise en charge des enfants externe à la famille
- Politique sociale
- Fiscalité
- Suivi de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur les femmes (Pékin, 1995), sur les plans national et international.

Traduction: Martine Chaponnière



Commissione federale per i problemi della donna: Rapporto d'attività 1999

1. Informazioni generali

1.1. Sedute plenarie

La Commissione si è riunita durante cinque giornate (2 marzo, 18 giugno, 7 settembre, 25/26 novembre) per dibattere in particolare i temi seguenti:

- donne e politica: misure per aumentare la quota femminile alle elezioni federali 1999 e sensibilizzazione (Consiglio federale, partiti, media, elettrici e elettori)
- legge federale sugli esami genetici umani
- legge federale sulla formazione professionale
- rapporto del Dipartimento federale di giustizia e polizia sulla situazione giuridica delle coppie omosessuali
- attuazione del Piano d'azione «Parità tra donna e uomo» (seguito della IV Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne, Pechino, 1995)
- politica di sicurezza e donne (relazione del segretario generale Juan Gut, Dipartimento della difesa, della protezione della popolazione e dello sport)
- riforma fiscale (relazione del dott. Marc Stampfli, Ufficio federale delle assicurazioni sociali).

1.2. Ufficio presidenziale

L'ufficio presidenziale - composto dalla presidente, dalla vicepresidente e dal vicepresidente - si è riunito regolarmente con il segretario per preparare e pianificare nei dettagli i lavori commissionari.

1.3. Gruppi di lavoro

Il gruppo di lavoro Politica ha tenuto diversi colloqui con rappresentanti dei partiti e dei media in vista delle elezioni federali del 24 ottobre 1999. L'obiettivo era di sensibilizzare maggiormente i media e i partiti alle rivendicazioni di parità nella vita politica.

1.4. Membre

Sono state nominate nuove membre in seno alla Commissione:

- Marie-Claire Caloz-Tschopp, Ginevra (succede a Silvia Grossenbacher, Basilea)
- Pascal Mahon, Neuchâtel (succede a Eva Ecoffey-Girard, Villars-sur-Glâne)
- Susanne Brunschweiler-Locher, Weinfelden, Società di pubblica utilità delle donne svizzere (succede a Anita Barbara Raaflaub, Zurigo)

- Verena Bürgi-Burri, Dallenwil, Unione svizzera delle donne cattoliche (succede a Rösy Blöchliger-Scherer, Hochdorf)

- La carica di vicepresidente è stata assunta da Elisabeth Freivogel, Basilea, che subentra alla vicepresidente uscente Silvia Grossenbacher.

2. Pubblicazioni

2.1. Cartella informativa «Donne Potere Storia»

La Commissione ha pubblicato nel giugno 1999 la seconda parte della cartella informativa «Donne Potere Storia», dedicata al tema della formazione. Essa contiene delle sintesi cronologiche sull'istruzione delle ragazze e la coeducazione, la formazione professionale delle donne e le donne nelle università. La prima parte di «Donne Potere Storia» era uscita già nel 1998 con 14 sintesi cronologiche sui temi: movimento femminista, politica, diritto; vi era abbinato un poster a colori in formato A1 con le principali date storiche che hanno segnato ciascun settore tematico. Lo stimolo per la pubblicazione di questa cartella era dato dal 150° di fondazione della Confederazione svizzera, che ricorreva appunto nel 1998. Le cartelle sono destinate in particolare alle/agli insegnanti, alle allieve e agli allievi, alle studentesse e agli studenti, e a chi opera nel mondo dei media e della politica. Entrambe sono disponibili nelle versioni italiana, francese e tedesca.

2.2. Dépliant «Le donne e le elezioni 1995-1999. La difficile conquista di un mandato in Parlamento»

In collaborazione con l'Ufficio federale di statistica e l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, la Commissione federale per i problemi della donna ha elaborato un dépliant recante dati di attualità. Essi concernono la rappresentanza femminile in Consiglio nazionale dall'introduzione del diritto di voto e di eleggibilità per le donne (1971), le elezioni al Consiglio nazionale e al Consiglio degli Stati del 1995 e l'evoluzione della rappresentanza femminile fino al maggio 1999, nonché la rappresentanza femminile nei governi e nei parlamenti cantonali. Il dépliant è uscito a inizio agosto nelle versioni italiana, francese e tedesca con una elevata tiratura. È stato diffuso gratuitamente a tutte le per-

sone interessate; inoltre è disponibile in internet (v. delucidazioni al punto 4.)

2.3. Rivista «Problemi al femminile»

I temi prioritari delle due edizioni di «Problemi al femminile» uscite in questo anno erano il «gender mainstreaming» (o integrazione della prospettiva di genere e delle pari opportunità) e la migrazione.

3. Consultazioni

3.1. Presa di posizione sulla legge federale sugli esami genetici umani

La Commissione federale per i problemi della donna si dice scettica di fronte alle nuove possibilità che si aprono nel campo della genetica e della riproduzione. Le opportunità e i rischi di possibili interventi e manipolazioni sono difficilmente valutabili e vengono giudicati in modo assai diverso dagli ambienti specializzati e dalle persone interessate. La Commissione concorda con il Consiglio federale sulla necessità di formulare delle prescrizioni legali riguardo all'impiego e al trattamento degli esami genetici umani; essa critica tuttavia il fatto che il disegno di legge lasci aperti molti interrogativi fondamentali. Inoltre, le regolamentazioni proposte sono spesso imprecise e, in generale, la dimensione etica non riceve sufficiente considerazione.

(La presa di posizione è riportata integralmente in «Problemi al femminile» 2. 1999)

3.2. Presa di posizione sulla legge federale sulla formazione professionale

La Confederazione assume un ruolo sempre più importante nella creazione di opportunità di formazione e perfezionamento professionale orientate al futuro. D'altronde un maggiore impegno della Confederazione si rivela necessario sia riguardo all'organizzazione della formazione professionale, sia riguardo alla creazione e all'allestimento di offerte di formazione differenziate. Ciò comporta anche una maggiore partecipazione della Confederazione alle spese sostenute dall'ente pubblico per la formazione professionale. Nella sua risposta alla consultazione, la Commissione federale per i problemi della donna rileva che una formazione professionale al passo con i tempi deve comprendere sia la formazione di base che la formazione permanente. Essa ricorda le discriminazioni correlate al sesso che costellano il cammino verso la



parità professionale e rivendica l'attuazione di provvedimenti tesi a migliorare la situazione professionale delle donne.

(La presa di posizione è riportata integralmente in «Problemi al femminile» 2. 1999)

3.3. Presa di posizione sul rapporto concernente la situazione giuridica delle coppie omosessuali

La Commissione federale per i problemi della donna approva gli sforzi compiuti dall'Ufficio federale di giustizia per migliorare la posizione giuridica delle coppie omosessuali. Sussiste in effetti un urgente bisogno di regolamentazione, poiché la legge vigente discrimina le persone in base al loro orientamento sessuale. Vista l'odierna varietà delle forme di convivenza, il fatto di privilegiare l'unione coniugale come istituzione per coppie eterosessuali non trova più alcuna giustificazione. Ma dato che molti settori del diritto sono legati allo stato civile, accade che tutte le altre forme di convivenza imposte sulla durata vengano discriminate. Perciò la Commissione suggerisce non solo di trovare una regolamentazione per le coppie omosessuali, ma di considerare nel dibattito anche le coppie concubine. Concretamente suggerisce di cumulare due varianti presentate dall'Ufficio federale di giustizia nel suo rapporto: l'apertura del matrimonio e il partenariato registrato con un contenuto relativamente autonomo. Tuttavia essa vorrebbe che l'accesso al matrimonio per le coppie omosessuali venisse associato alla possibilità offerta anche alle coppie concubine di farsi registrare presso un'autorità statale. In tal modo esse otterrebbero uno statuto giuridico riconosciuto, senza per questo dover sposarsi.

(La presa di posizione è riportata integralmente in questo numero)

3.4. Presa di posizione sulla promozione degli studi di genere

Nel 1999 la Commissione si è espressa più volte in merito agli studi di genere. Ha in particolare sostenuto e accompagnato le attività del Consiglio svizzero della scienza, il quale ha allestito un inventario della situazione riguardo agli studi di genere in Svizzera. La Commissione ha anche espresso il suo parere sul rapporto del Consiglio della scienza intitolato «Perizia sulla ricerca e l'insegnamento nel campo degli studi di genere/studi sulle donne in Svizzera da parte di esperte e esperti internazionali» e ha partecipato all'audizione con le perite e i periti svoltasi il 5 giugno 1999. In questa occasione ha espresso l'opinione che in Svizzera si è effettuato in questi ultimi anni un lavoro di ricerca di elevata qualità nel campo degli studi sulle donne e degli studi di genere. La loro istituzio-

nalizzazione nell'insegnamento e nella ricerca rappresenta nondimeno un'impellente necessità. Vi è urgenza di agire in particolare per quanto concerne la medicina, le scienze naturali e tecniche, il diritto e l'economia. Per conferire un migliore assetto strutturale al potenziale insito nella ricerca sulle donne e negli studi di genere è opportuno che l'approccio integrativo (studi di genere come aspetto parziale di ogni disciplina scientifica) e l'approccio autonomo (strutture di insegnamento, di ricerca e di coordinamento autonome) si completino a vicenda.

3.5. Presa di posizione sulla Convenzione dell'ONU sui diritti del fanciullo

La Convenzione dell'ONU del 1989 sui diritti del fanciullo è entrata in vigore in Svizzera il 26 marzo 1997. Il primo rapporto della Svizzera all'attenzione del Comitato dell'ONU per i fanciulli, previsto in ossequio all'attuazione degli impegni contrattuali, dovrebbe essere disponibile nel 2000. La Commissione federale per i problemi della donna ha avuto modo di prendere posizione sul progetto preliminare del rapporto nel febbraio 1999. Nella risposta essa rileva in particolare che, vista la diversa situazione in cui si trovano le ragazze e i ragazzi nella società, è necessario considerare in una prospettiva di genere anche i vari settori tematici. Essa si impegna inoltre affinché il rapporto comprenda un inventario critico e indichi le prospettive di una politica nazionale dell'infanzia e della gioventù che si estenda sia alle femmine che ai maschi.

4. Tema prioritario Donne e politica/elezioni federali 1999¹

4.1. Partiti

■ **Manifesto interpartitico «Più donne in Parlamento!»**

■ **Seconda tavola rotonda con i vertici e le delegate per la parità dei partiti.** La Commissione ha organizzato il 21 gennaio 1999 una seconda tavola rotonda interpartitica con i vertici e le delegate per la parità dei partiti. La base per i colloqui era data dal manifesto interpartitico «Più donne in Parlamento!», elaborato dalla Commissione insieme con le delegate stesse, il quale era stato presentato al pubblico nel maggio 1998 e quindi era stato discusso una prima volta con i vertici dei partiti nel giugno 1998. Obiettivo della seconda tavola rotonda era uno scambio di informazioni e di vedute sulle misure previste e sulle misure realizzate per appoggiare le donne in seno ai partiti. Si è inoltre convenuto di proseguire questo scambio interpartitico sulle misure di promozione della parità tra donna e uomo nella politica anche dopo la scadenza elettorale dell'ottobre 1999.

4.2. Mass media

Punto di partenza per i contatti con i media era lo studio curato dalla Commissione federale per i problemi della donna «La presenza delle candidate nei media. Analisi sessospecifica dei mass media in occasione delle elezioni federali 1995», nonché le sei rivendicazioni formulate dalla Commissione nel maggio 1998 all'attenzione della Società svizzera di radiotelevisione.

■ **Contatti con i caporedattori della Società svizzera di radiotelevisione (SSR) in merito a una maggiore presenza delle candidate alle elezioni in Consiglio nazionale e in Consiglio degli Stati 1999.** Nel maggio 1999 una delegazione della Commissione federale per i problemi della donna ha tenuto un colloquio con rappresentanti della Società svizzera di radiotelevisione (SSR). Il 29 giugno 1999 una rappresentanza della Commissione ha quindi effettuato, in collaborazione con i caporedattori, una valutazione delle misure prese dalla SSR per promuovere la parità. Benché il colloquio non abbia prodotto risultati concreti, si è per lo meno potuto constatare che la SSR ha riconosciuto la necessità di agire nel senso auspicato. Si è pertanto convenuto di proseguire con lo scambio di informazioni e di esperienze anche dopo le elezioni.

■ **Indagine sulla presenza mediatica delle candidate durante le elezioni federali 1999.** L'Istituto di scienze dei media dell'Università di Berna e il Servizio di ricerca della SSR stanno svolgendo insieme un'indagine. Oggetto di analisi sono le emissioni informative radiofoniche e televisive andate in onda prima delle elezioni federali 1999. Nell'ambito di questo progetto – dietro sollecitazione della Commissione federale per i problemi della donna – viene studiata anche la presenza delle candidate nei media. L'intero progetto è finanziato dal Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica, la SSR e l'Ufficio federale delle comunicazioni (UFCOM). La Commissione federale per i problemi della donna accompagna la realizzazione del progetto parziale «gender», contribuendo al suo finanziamento.

■ **Colloquio con le delegate alle pari opportunità della SSR.** Nel gennaio 1999 una delegazione della Commissione federale per i problemi della donna ha incontrato il delegato alle pari opportunità e il responsabile delle risorse umane, nonché le delegate alle pari opportunità delle varie unità aziendali della SSR. Le/i rappresentanti della SSR hanno così presentato il loro piano per la realizzazione delle pari opportunità in seno all'azien-



da. La base è costituita dalle tesi approvate dalla SSR (programma di promozione della donna) e da ulteriori regolamentazioni interne, nonché soprattutto dalla legge federale sulla parità dei sessi. Si sono discussi in particolare gli ostacoli che si frappongono alla parità e le possibilità concrete di migliorare la situazione della donna in seno all'azienda. Lo stato degli sforzi compiuti a favore della parità varia da un'unità aziendale all'altra. Dal colloquio è emerso che la realizzazione della parità in seno all'azienda dipende molto dall'impegno assunto dai vertici a favore di questa causa.

4.3. Gruppo di lavoro interdipartimentale Elezioni

Nel giugno 1998 la Commissione federale per i problemi della donna si era rivolta al presidente della Confederazione sollecitando il Consiglio federale a prendere misure atte a migliorare la rappresentanza femminile in Parlamento in concomitanza con le elezioni federali 1999. La Commissione ha in particolare sollecitato l'attuazione di una campagna nazionale di informazione e sensibilizzazione. Tale campagna avrebbe dovuto essere incentrata su due messaggi:

- un invito alle cittadine e ai cittadini a partecipare attivamente alle elezioni
- un invito a eleggere un maggior numero di donne.

In seguito a questo intervento il Consiglio federale ha istituito nel novembre 1998 un gruppo di lavoro interdipartimentale, affidandogli il compito di studiare la possibilità di realizzare una campagna nazionale e ulteriori misure. La Commissione federale per i problemi della donna ha potuto entrare a far parte di questo gruppo di lavoro.

I temi trattati sono stati:

- la campagna elettorale della Confederazione
- le istruzioni per il voto
- la circolare del Consiglio federale ai governi cantonali concernente l'elezione di rinnovamento integrale del Consiglio nazionale del 24 ottobre 1999
- la guida della Cancelleria federale per i gruppi candidati.

■ **La campagna elettorale della Confederazione.** Su mandato del Consiglio federale il gruppo di lavoro interdipartimentale ha elaborato tre varianti per una campagna d'informazione. Questa doveva indirizzare all'elettorato un appello sia a partecipare alle elezioni, sia a considerare le candidature femminili. La campagna non ha tuttavia potuto essere realizzata. Il Consiglio federale ha, dal canto suo, approvato una campagna di prova in tre agglomerazioni urbane, ma il credito necessario è in seguito stato re-

spinto dal Parlamento.

■ **Istruzioni per il voto.** Prima delle elezioni al Consiglio nazionale, la Cancelleria federale è solita pubblicare un opuscolo contenente delle spiegazioni pratiche. Queste istruzioni - che vengono inviate ai cantoni, ai comuni, alle scuole, ai partiti e a tutte le economie domestiche - sono state rielaborate dal gruppo di lavoro. Oltre alla descrizione della quota femminile in Consiglio nazionale (candide e elette) e dell'evoluzione registrata dall'introduzione del suffragio femminile, nell'opuscolo elettorale si potevano leggere anche informazioni sulla quota femminile nei vari partiti. Chi voleva contribuire a dare più opportunità elettorali alle donne vi trovava le relative indicazioni. Nella prefazione, inoltre, il Cancelliere della Confederazione rilevava il perdurare della sottorappresentanza femminile in Parlamento e si esprimeva in favore di una rappresentanza paritaria dei due sessi in politica.

■ **Circolare del Consiglio federale ai governi cantonali concernente l'elezione di rinnovamento integrale del Consiglio nazionale del 24 ottobre 1999.** Il gruppo di lavoro interdipartimentale Elezioni ha rielaborato la circolare del Consiglio federale ai governi cantonali. Essa viene distribuita prima di ogni elezione di rinnovamento integrale del Consiglio nazionale. Su proposta del gruppo di lavoro si è per la prima volta inserito in questa circolare un capitolo sulla rappresentanza femminile in politica.

■ **Guida della Cancelleria federale per i gruppi candidati.** L'operato del gruppo di lavoro interdipartimentale ha interessato pure la guida destinata ai gruppi candidati alle elezioni in Consiglio nazionale. Quest'ultima viene di regola distribuita prima delle elezioni alle segreterie generali dei partiti e a ulteriori gruppi interessati. Per la prima volta si sono dunque inseriti nella guida un capitolo sulla rappresentanza femminile e un capitolo sulle possibilità di promuovere in modo mirato le donne.

4.4. Pubbliche relazioni

Il dépliant «Le donne e le elezioni 1995-1999. La difficile conquista di un mandato in Parlamento» è stato diffuso gratuitamente alle cerchie interessate (v. delucidazioni al punto 2.2.).

5. Politica internazionale della parità

5.1. Piano d'azione della Svizzera «Parità tra donna e uomo» (seguito della Conferenza di Pechino)

La Commissione si è occupata del piano d'azione «Parità tra donna e uomo»,

elaborato da un gruppo di lavoro interdipartimentale. Il piano è un elemento del seguito che la Svizzera intende dare alla IV Conferenza mondiale sulle donne di Pechino (1995). Esso è stato approvato dal Consiglio federale nel marzo 1999. La Commissione si è chinata prioritariamente sulle raccomandazioni nelle quali è esplicitamente menzionata come destinataria.

5.2. Conferenza del Consiglio d'Europa a Atene sull'approccio integrato della parità tra donne e uomini

Il Consiglio d'Europa ha indetto dal 16 al 18 settembre 1999 una conferenza sul tema «L'approche intégrée de l'égalité entre les femmes et les hommes: une chance pour le 21^e siècle». Oltre alla direttrice dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo vi hanno preso parte, in qualità di membre della delegazione svizzera, la presidente della Commissione federale per i problemi della donna e la responsabile del segretariato della Commissione. Alla conferenza si sono discusse le premesse e i passi realizzativi dell'approccio integrato («gender mainstreaming»), nonché esempi di «buona prassi» realizzati su scala nazionale, regionale e comunale. La Commissione federale per i problemi della donna si era già occupata l'anno precedente dell'argomento, organizzando nel dicembre 1998, in collaborazione con l'Ufficio federale dell'uguaglianza fra donna e uomo, un convegno nazionale sul «gender mainstreaming» e riportando le relazioni specialistiche che vi erano state tenute nella sua rivista «Problemi al femminile» (v. delucidazioni al punto 2.3.).

6. Varia

6.1. Sito internet della Commissione

La Commissione federale per i problemi della donna vuole in futuro essere presente anche in internet. Il relativo piano sarà elaborato con l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo (UFU). Questa collaborazione scaturisce, da un lato, dalla tematica comune e, dall'altro, dalla subordinazione amministrativa del segretariato della Commissione all'UFU. Si prevede che la Commissione dovrà essere reperibile sia con un proprio sito che come link a partire dal sito dell'UFU. Il sito verrà attivato nel 2000.

Traduzione: Romana Camani-Pedrina

Note

Vedi p. 143



Commissione federale per i problemi della donna: Pianificazione annuale 2000

I. Priorità

Priorità n° 1

Donne e politica

La Commissione federale per i problemi della donna continuerà a operare in favore di una rappresentanza equilibrata delle donne e degli uomini nella vita politica. Interpellerà in tal senso i partiti, i media, le organizzazioni delle donne e il pubblico.

Continuerà anche a coltivare il dialogo con i partiti riguardo alle misure di promozione della parità tra donna e uomo in politica. Analizzerà inoltre i risultati dell'indagine svolta all'indomani delle elezioni al Consiglio nazionale dell'ottobre 1999 tra le donne attive in seno ai partiti riguardo alla concretizzazione del manifesto interpartitico per le elezioni federali 1999 «Più donne in Parlamento!», e se ne servirà quale base per definire le ulteriori attività da intraprendere con i partiti.

Nell'autunno 2000 verrà pubblicato uno studio, condotto congiuntamente dall'Istituto di scienze dei media dell'Università di Berna e dal Servizio di ricerca della Società svizzera di radiotelevisione (SSR). Esso riguarda le emissioni informative della radio e della televisione andate in onda prima delle elezioni federali del 1999. Nell'ambito di questo progetto si analizzerà anche la presenza delle candidate nei media. La Commissione partecipa all'indagine e approfondirà in seguito la tematica in collaborazione con la SSR.

Poiché la campagna destinata a sensibilizzare le elettrici e gli elettori, che la Commissione federale per i problemi della donna aveva suggerito al Consiglio federale di realizzare, non ha potuto essere attuata per le elezioni 1999, la Commissione continuerà a studiare le possibilità di realizzare una simile campagna e altre misure per le elezioni del 2003.

Priorità n° 2

Concretizzazione del piano d'azione «Parità tra donna e uomo»

La Commissione si occupa principalmente a due livelli dell'attuazione del piano d'azione «Parità tra donna e uomo» (seguito della IV Conferenza mondiale sulle donne, indetta dall'ONU a Pechino nel 1995):

– promozione della partecipazione paritaria delle donne nella vita politica (v. priorità 1)

– elaborazione di un piano di formazione continua sulle questioni relative alla parità, destinato a trovare impiego nell'istruzione del personale dirigente.

La trasmissione di conoscenze nel campo delle pari opportunità rappresenta una premessa essenziale del «gender mainstreaming». Con una simile proposta di perfezionamento ci si prefigge di motivare le persone investite di responsabilità decisionale e mansioni di conduzione a realizzare misure di promozione della parità nel loro ambito di attività, aiutandole a acquisire le competenze necessarie per poter agire in tale senso. Nell'elaborare un simile piano si dovranno prendere in considerazione le offerte di perfezionamento già esistenti in materia.

Priorità n° 3

Progetti di prevenzione e di intervento contro la violenza nei confronti delle donne

La Commissione si informerà sullo stato dei progetti di prevenzione e di intervento previsti, avviati o già attuati nei vari cantoni con lo scopo di combattere la violenza nei confronti delle donne. Le esperienze raccolte nell'ambito di tali progetti dovranno essere analizzate e essere prese in considerazione nel dibattito sulle future attività da realizzare a livello federale.

Priorità n° 4

Elaborazione e pubblicazione di prese di posizione concernenti le consultazioni

Sui progetti di legge e i rapporti rilevanti per la parità verranno elaborate delle prese di posizione. Già previste sono le seguenti consultazioni:

- primo rapporto della Svizzera concernente la Convenzione dell'ONU sui diritti del fanciullo
- primo rapporto della Svizzera concernente la Convenzione dell'ONU sull'eliminazione di ogni forma di discriminazione nei confronti della donna.

Priorità n° 5

Pubblicazione della rivista Problemi al femminile

Sono previste due edizioni della rivista «Problemi al femminile» con temi di attualità. Il tema prioritario di Problemi al femminile n. 1. 2000 saranno le «Prospettive femminili in politica», quello di Problemi al femminile n. 2. 2000 sarà stabilito in primavera.

Priorità n° 6

Rinnovamento dell'immagine e dello stile di comunicazione della Commissione

Una documentazione di base sui compiti e le attività della Commissione è in via di allestimento. Si vuole così migliorare l'informazione sul ruolo della Commissione e il suo contributo alla parità tra donna e uomo, e raggiungere con essa un ampio pubblico, anche grazie alla diffusione gratuita nelle quattro lingue. Parallelamente verrà allestito anche il sito internet della Commissione.

II. Altri temi

La Commissione federale per i problemi della donna si occupa correntemente di vari temi di rilievo per le donne e per la parità. Tra essi rientrano, oltre alle priorità summenzionate:

- evoluzione e prospettive della politica delle donne e della politica delle pari opportunità
- politica del mercato del lavoro e politica occupazionale
- formazione professionale
- donne nella scienza e nella ricerca, studi di genere
- conciliabilità tra famiglia e professione
- sorveglianza extrafamigliare della prole
- politica sociale
- fiscalità
- lavori inerenti a seguito della IV Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne di Pechino (1995) a livello nazionale e internazionale.

Traduzione: Romana Camani-Pedrina

Note di p. 142

- 1 disponibili in internet (stato: dicembre 1999):
- le istruzioni per il voto (www.pd.admin.ch)
- la circolare del Consiglio federale ai governi cantonali (www.bk.admin.ch)
- la guida per i gruppi candidati (www.bk.admin.ch)
- il dépliant «Le donne e le elezioni 1995-1999. La difficile conquista di un mandato in Parlamento» (www.admin.ch/bfs)



Eidgenössische Kommission für Frauenfragen Commission fédérale pour les questions féminines

Zusammensetzung für die Amtsdauer 1997–2000
Composition pour la période administrative 1997–2000
(Stand: Mai 2000)

Präsidentin – Présidente:

Chiara Simoneschi-Cortesi, politica, Comano

Vizepräsidentinnen – Vice-président-e-s

Elisabeth Freivogel, lic. iur. LL.M., Advokatin, Binningen

Enrico Violi, lic. phil.I, Sozialwissenschaftler, Zürich

Mitglieder – Membres:

Dr. theol. Alberto Bondolfi, Sozialethiker, Zürich

Susanne Brunschweiler-Locher, Geschäftsfrau / Vize-Gemeindeammann

Schweizerischer Gemeinnütziger Frauenverein, Zürich

Verena Bürgi-Burri, Krankenschwester/Familienfrau

Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Luzern

Dr. phil. Marie-Claire Caloz-Tschopp, Maître d'enseignement et de recherche, Genève

Christine Davatz-Höchner, Fürsprecherin und Notarin

Schweizerischer Gewerbeverband, Bern

Olga Gamma Ammann, lic. iur. Rechtsanwältin

Schweizerischer Verband für Frauenrechte, Rümikon-Elsau

Erica Hennequin-Schaerer, enseignante, Courgenay

Dr. iur. Pascal Mahon, professeur de droit constitutionnel, Neuchâtel

Margrit Meler, lic. rer. pol.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern

Carmen Meyer-Sommer,

Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, Herrliberg

Urs F. Meyer, lic. iur., Fürsprecher und Notar

Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich

Claudia Michel, dipl. Geografin, Bern

Elisabeth Rööslü Zingg, lic. phil.I Journalistin,

Hinterkappelen

Rita Schmid Göldi, lic. iur.

Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, Zürich

Marianne Schnüriger, Berufsinspektorin

Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz, Zürich

Patricia Schulz, avocate

Directrice du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, Berne

Annemarie Will-Kohler, Dipl. Bäuerin

Schweizerischer Landfrauenverband, Ursenbach

Katharina Willi, lic. iur.

Evangelischer Frauenbund der Schweiz, Zollikon

